

Danziger Zeitung.

№ 844.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 P. Auswärts 1 R. 20 P. — Inserate, pro Petit-Beil 2 P. nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Reinecker und K. Wosse; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: H. H. Henning; in Frankfurt a. M.: G. v. Dande u. die Jäger'sche Buchhandl.; in Hanover: Carl Schüller; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buch.

1874.



Teleg. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Madrid, 1. April. Aus Somorrostro wird unter dem 31. v. M. gemeldet, daß die Arbeiten zur Sicherung der eroberten Positionen fortgesetzt und neue Batterien errichtet werden, um demnächst die Operationen gegen den Feind wieder aufzunehmen.

London, 1. April. Der Überschuß der englischen Staatseinnahmen in dem Rechnungsjahre 1873/74 beläuft sich auf 1.025.637 Pf. Sterling. Der für das Rechnungsjahr 1874/75 zu erwartende Überschuß wird von der „Times“ auf 3½ Mill. Pf. Sterling angeschlagen.

Constantinopel, 1. April, Nachm. Auf den Vorschlag von Sadiq Pascha hat die türkische Regierung beschlossen, den Inhabern von 1872er 3 proc. Schatzbörsen, welche noch nicht zum Umtausch gelangt sind, 5 proc. Obligationen der türkischen allgemeinen Schulden von 1873 zum Umtausch anzubieten. Letzterer soll noch im Laufe dieses Monats in London erfolgen.

Die Reichskassenscheine.

H. Berlin, 1. April.

Neben dem Militärgeley, Preßgeseley, Bischofsgeley und der Gewerbenovelle muß auch das Gesetz über die Reichskassenscheine den Reichstag nach den Ferien noch beschäftigen. Die Berathung darüber wurde unmittelbar vor Beginn derselben abgebrochen. Die Reichskassenscheine sind keine durch die Natur der Dinge gebotene Institution. In der öffentlichen Meinung war im Gegentheil der Gedanke vorherrschend, daß man nach Einführung der Goldwährung des Papiergeldes in Apoonts unter 100 Mark vollständig entrathen könnte. Auch der deutsche Handelstag ließ diesem Gedanken Ausdruck. Hinsichtlich der Banknoten ist dann auch im Artikel 18 des Münzgesetzes von 1873 bestimmt, daß Banknoten, welche auf weniger als 100 Mark lauten, nach dem 1. Januar 1876 nicht mehr circuliren dürfen. Auch die Einziehung des von den einzelnen Bundesstaaten ausgegebenen Papiergeldes findet sich eben dafelbst verordnet. Unter dem Druck des Zustandekommens des Gesetzes wurde aber eine Klausur angehängt, wonach nach Abgabe eines zu erlassenden Reichsgesetzes eine Ausgabe von Reichspapiergeld stattzuhaben soll. Der Reichstag ist dadurch bis zu einem gewissen Grade präjudiziert. Der Reichstag kann das Staatspapiergeld nicht mehr einfach beseitigen, sondern muß sich wenigstens auf eine theilweise Unification desselben in Reichspapiergeld einlassen. Die Bedenken gegen Reichspapiergeld überhaupt, wie sie Mosle und Tellmans vorbringen, kommen daher zu spät, um vertheidigen eine bereits verlorene Position. Auch die vorgeschlagene Vertragung der Frage bis zur Lösum der Bankfrage verbessert in diesem Sinne nicht die Sachlage. Die Lösum der Bankfrage ist noch schwieriger, man erleichtert keine Lösum, wenn man sie mit einer anderen schwierigen Frage verknüpft. Überdies ist auch sachlich die Frage eine verschiedene, je nachdem es sich um kleine, dem persönlichen Verkehr dienende Kassenscheine oder große, wesentlich für den Bankverkehr bestimmte Noten handelt. Auch schon die bloße Unification der Kassenscheine wird vom täglichen Verkehr als Wohlthat

empfunden; indem die Regierungen es in der Hand haben, diese Wohlthat noch länger vorzuenthalten, ehe sie auf das Zustandekommen des Gesetzes über die Reichskassenscheine einen großen Druck aus.

Unter diesen Umständen bewegt sich tatsächlich der Streit im Reichstage auch nur noch um die Frage, in welchen Apoonts und bis zu welcher Summe Reichskassenscheine auszugeben werden sollen. Die Regierungen wollen 5-, 25- und 50-Markscheine ausgeben. Die Notwendigkeit der 5-Markscheine wird um so lebhafter bestritten, als ja demnächst auch Gold- und Silberstücke im Werthe von 5 Mark ausgeprägt werden sollen. An Gewicht wird ein solches Goldstück kaum schwerer sein, als ein Schein. Für Postsendungen dürfte es sich daher nicht weniger eignen. Man weiß nicht mit Unsicht auf die geringere Beliebtheit hin, der sich schon jetzt trotz herrschender Silberwährung die Einheits scheine erfreuen.

Doch diese Frage erscheint im Verhältniß untergeordnet zur Frage über den Gesamtbetrag der auszugebenden Kassenscheine. Den Vorschlägen der Regierung stehen Vorschläge der national-liberalen Partei (Bamberger u. Gen.) gegenüber. Vor der Abstimmung hierüber wurde die Discussion vor den Ferien abgebrochen. Beide Arten von Vorschlägen stimmen darin überein, daß der endgültige Betrag von Reichskassenscheinen die Summe von 40 Millionen Thaler (1 Thlr. auf den Kopf der Bevölkerung) nicht übersteigen soll. Auch sollen diejenigen Staaten, welche mehr als 1 Thlr. pro Kopf auszugeben haben, erst in 15 Jahren (bis 1891) in gleichen Jahresraten zwei Drittel des Überschusses aus eigenen Mitteln zu ersezten brauchen und nur ein Drittel derselben sofort verlieren. Auseinander gehen die beiderseitigen Vorschläge nur in zwei Punkten: 1) soll der Fortgenuss der aus einer höheren Papiergeldausgabe erwachsenen Vorteile nach Bamberg erneut einzelnen Staaten gewährt werden durch Vorschüsse aus der Reichskasse, welche ratenweise in 15 Jahren abzutragen sind, während die Regierungen die Mittel durch eine vorübergehend höhere Ausgabe von Reichskassenscheinen beschaffen wollen; 2) erhalten die Staaten, welche weniger als für 1 Prozent der Bevölkerung an Kassenscheinen zur Zeit haben, den Unterschied nach dem Regierungsvorschlag sofort, nach Bamberg erst in dem Maße, als die Staaten mit größerer Papiergeldcirculation ihr Vorschüsse zurückzahlen, ausbezahlt. Der Regierungsvorschlag beschränkt das Staatspapiergeld, welches jetzt 61 Millionen beträgt, zunächst nur auf 58 Millionen, der Bamberger Vorschlag beschränkt es sofort auf den endgültigen Betrag von 40 Millionen. Diese Beschränkung erscheint um so nothwendiger, je mehr schon die gegenwärtige Fülle an Zahlungsmitteln (für 320 Millionen Thaler Gold ist mehr hinzugekommen als Silbermünzen eingezogen wurden) auf die Preissteigerung der Lebensmittel hinwirkt. Die Vortheile einer solchen Verminderung wiegen schwerer, als einige hunderttausend Thaler Zinsen, welche dadurch für einige Jahre der Reichskasse entzogen. Das Reichskanzleramt würde es nicht verantworten können, wegen Annahme der Bamberger Vorschläge

das Gesetz über die Reichskassenscheine fallen zu lassen, zumal durch dieselben das Compromiß im Bundesrat nur in einem untergeordneten, wesentlich nur Preußen berührenden Nebenpunkt berührt wird.

Danzig, den 2. April.

Die Ferien geben unseren Reichstagsboten Gelegenheit, sich in ihren Wahlkreisen nach der Stimming des Volkes über das Militärgeley zu umzuhören, und dasselbe zeigt, wie wir glauben, nirgends ein Verlangen nach einem Militärconflict. In vielen Wahlkreisen werden Kundgebungen an die Abgeordneten in diesem Sinne vorbereitet, aber auch die Fortschrittspartei will sich für ihren negrenden Standpunkt durch die Zustimmung ihrer Wahlkörperschaften neue Kräfte holen. Solche Kundgebungen stehen nach der „Fortschritt-Corresp.“ in Königsberg und Briesen in Aussicht, und die Reichshauptstadt wird von jenem Blatte aufgesordert, nicht hinter den Schwester in der Provinz zurückzubleiben. In Regierungsfreisen scheint man mittlerweile über das Schickal des Gesetzes jetzt mehr beruhigt zu sein, was wahrscheinlich den Auflärungen zu verdanken ist, welche Herr v. Forckenbeck dem Kaiser ertheilt hat. Die heutige „Prov.-Corresp.“ schreibt: „Voraussichtlich wird nach den Ferien das Reichsmilitärgeley unverweilt zur zweiten Lesung ge- langen. Nach vielfachen Anzeichen kann man sich immer entschiedener der Hoffnung hingeben, daß die Schwierigkeiten, welche einer befriedigenden Lösung dieser Frage entgegenzustehen schienen, durch die patriotischen Erwagungen von Seiten der gesammelten nationalliberalen Partei überwunden werden dürften. Der Präsident des Reichstags, v. Forckenbeck, ist auch an seinem Theile eifrig bemüht, eine befriedigende Lösung der Frage herbeizuführen.“ Der gegenwärtige Präsident ist wohl wie keiner befähigt, die Gegenfälle auszugleichen, und seine Vergangenheit lädt uns, daß er nicht dafür wirken wird, unveräußerliche Rechte des Volkes zu opfern. Offiziell wird heute die Nachricht verbreitet, daß im Falle der Ablehnung des Paragraphen 1 des Militärgeleyes mit der Präsenzziffer von 384,000 Mann der Bundesrat die Auflösung des Reichstages beantragen werde. Diese Ziffer dürfte es überhaupt sein, welche dem mit Sicherheit bevorstehenden Compromiß zur Basis dienen wird. Wir hören, haben sich die Beschwerden des Reichskanzlers gegen die beiden dienstreichen freiconservativen Interviewer keineswegs in erster Linie auf die Militärfrage, sondern auf die Haltung der Fortschrittspartei in den elässischen Angelegenheiten und in der Abstimmung über die Erwerbung eines Bauplatzes für ein deutsches Botschaftshotel in Wien bezogen. Um so bedauerlicher ist es, daß diese Unterredungen mit der offensuren Absicht veröffentlicht wurden, die Beurtheilung der Militärfrage zu beeinflussen. Die Veröffentlichung hat jedenfalls nicht zur Klärung der Lage beigetragen.

In Wien fanden in diesen Tagen die Berathungen der cis- und transleithanischen Minister statt, in denen das gemeinsame Budget festgestellt wurde. Die Ungarn haben, auf ihre finanzielle Calamität hinweisend, starke Abstriche gemacht, besonders das Kriegsbudget wurde arg beschnitten,

Györ, der die unbankbare Rolle hat, die ungarnischen Finanzen wieder in Ordnung zu bringen, stellt den Antrag, daß die gemeinsamen Activa unter die beiden Reichshälfte vertheilt werden. Da wird bei der Theilung wohl nicht viel herauskommen. — Das Antwortschreiben des österreichischen Kaisers an den Papst befindet sich nach der „R. fr. Pr.“ noch in den Händen des Grafen Andraß, dem als dem Minister des kaiserlichen Hauses die formale Erledigung derselben obliegt.

Die Nachricht, daß der Papst dem König Victor Emanuel ein Begnadigungsschreiben, wenn auch im Privatwege und ohne jede Feierlichkeit, überendet habe, erwies sich als falsch. Die ministerielle „Perseveranza“ schreibt erbittert darüber: „Der Papst hat bei dieser Gelegenheit kein Lebenszeichen von sich gegeben, er hat sich der Achtungs-Demonstration aller europäischen Souveräne für den König nicht angegeschlossen, er hat die Courttoise nicht erwiedert, welche ihm Victor Emanuel im Jahre 1871 erwies, als er ihm zur Feier seines 25-jährigen Thronbesteigungs durch den General Vertue-Viale Glück wünschten ließ, der in voller Uniform und mit alter Feierlichkeit im Vatican erschien. Es wäre ein einfacher Höflichkeitsact gewesen, diese Artigkeiten jetzt zu erwideren, aber im Vatican hat man die Sache anders aufgefaßt.“ Doch trifft man sich darüber dadurch, daß man erzählt, Pio nunc habe einen Glückwunsch beabsichtigt, er sei aber von der jesuitischen Partei streng bewacht worden, man habe ihn sbrülich belagert aus Furcht, daß er eine seiner unbequemen „Ungefehllichkeiten“ begehen werde. So lange man im Oktorial noch nach den Segensprächen des Vaticanus so eifriges Verlangen trägt, wird das Königreich Italien auch die Bannstrahlen des Letzteren zu fürchten haben und nicht frei von Gefahren von fener Seite sein.

In Frankreich verliert Broglie immer mehr den Boden unter den Füßen. Die Legitimisten wollen weniger als je von ihm wissen, aber auch die eigene Partei, das rechte Centrum, ist bedenklich geworden. Ein großer Theil der Mitglieder derselben hat Paris noch nicht verlassen und berath unter dem Vorsitz des Herzogs von Audiffret-Pasquier, der gern Broglie's Nachfolger werden möchte. Die letzten Wahlen haben den Orleanisten große Erfolge eingeflößt, sie möchten eine Verständigung mit dem linken Centrum und selbst, wenn es sein muß, mit der gemäßigten Linken suchen. Die ältere Gruppe, welche Broglie gewinnen wollte, hat ihm schlankweg einen Korb gegeben, ein Beweis, daß man seine Stellung nicht mehr für sicher hält. Gegen sein Project, ein Oberhaus zu etablieren, oder wenigstens auf den von ihm vertretenen Grundsätzen zu etablieren, spricht man sich sowohl auf der äußersten Rechten wie auf der Linken mit Entschiedenheit aus. Man sagt, durch das Versprechen von einträglichen Senatorienplägen wolle Broglie nur Stimmen fischen und Anhänger für seine Person werben. So steht der bisher vielvermehrige Vicepräsident fast von allen Seiten verlassen da. Es herrscht allgemein ein ziemlich starker Widerwillen gegen die Art und Weise, wie er das Kleine und das Große betreibt. Lieb hat ihn Niemand, selbst nicht Beauclerk, dem er doch so viel zu Willen ge-

Stadt-Theater.

*** „Dr. Bespe“ ist das älteste, aber auch eines der besten unter den zahlreichen Lustspielen, mit deren Benedix unsere Bühne beschönigt hat. Ist auch dieses oder jenes — z. B. die Berührung der Frauenemancipation — veralast, so interessirt das Stück noch immer durch den geschickten Aufbau, durch die Fülle des komischen Stoffes und namentlich durch die mit bestem Humor geschaffene Hauptfigur. Mit dieser, die sonst den Bourvivatenspielern auzufallen pflegt, hat Dr. Oberländer das Gebiet der uns hier vorgespielten Rollen erweitert und gezeigt, daß auch in solchen Partien seine feine und sorgfältig gestaltende Komik trefflich Wirkungen erreicht. Die Rolle war wieder reich an hübsch gespielten Nuancen und im Ganzen so gehalten, daß alle Carriturung sorgfältig gemieden war. Einer der Gründe, warum das Spiel des Hrn. Oberländer immer so wahr und natürlich erscheint, ist, daß er beständig, auch wo er nicht zu reden hat, in Verbindung mit den Mitspielenden und in offensender Theilnahme an der Handlung bleibt. Der Dr. Bespe reiht sich ebenbürtig den mannigfachen hübschen Charakterbildern an, welche uns Hrn. Oberländer vorgeführt hat.

Unser heimisches Personal, welches jetzt ungewöhnlich angestrengt wird, spielt gestern ganz anerkennenswert. Die Théobehinde gehört zu den Bravourpartien der Fr. Müller und trug denn auch diesmal wieder wesentlich zur Erheiterung bei. Nur respectirt die Darstellerin in den Gesten, wie bei der Neigung, Einlagen zu machen, nicht immer die Grenze zwischen Lustspiel und Posse. Die Damen v. Kalter und Resner, die Herren Hellenberg, Ellmenreich, Gluth und Pausa halfen nach besten Kräften zum Gelingen des Ganzen. Der Adam des Hrn. Franke war in seiner trockenen Komik sehr ergötzlich.

Der St. Gotthard-Tunnel.

Nach dem zwischen Deutschland, Italien und der Schweiz abgeschlossenen Vertrage schließt das Netz der Gotthard-Eisenbahn am Bierwaldbäder- und Büger-See — bei Luzern und bei Zug — an die nordostwestlichen, am Lago maggiore und

Reich 20 und die Schweiz ebenfalls 20 Millionen Francs bei.

Über den merkwürdigsten Theil des ganzen Unternehmens, die Bohrung des großen Alpen-Tunnels, berichtet man der „Sch. Blg.“: Die Höhenlage der Bahn beträgt bei Göschene 1109, bei Airolo 1145 Meter über dem Meere. Zur Vermittelung dieses Höhenunterschiedes dem Tunnel ein gleichmäßiges Gefälle zu geben, ist nicht angängig. Denn da die Arbeit an beiden Enden gleichzeitig in Angriff genommen ist, so muß auch auf der Südseite mit Steigung vorgegangen werden, um die erforderliche Wasserleitung zu haben und die Förderung des losgesprengten Gebirges zu erleichtern. Deshalb erhält der Tunnel etwa auf der Hälfte der Länge eine 1152 Meter über dem Meere liegende 180 Meter lange horizontale Scheitelpfostenstrecke, nach welcher er von Göschene mit 5,86% von Airolo her mit 1% ansteigt.

Um die Richtung der Tunnelachse diesen Annahmen des Projektes entsprechend genau angeben zu können, hat man mittels einer sorgfältigen Triangulation zwischen Göschene und Airolo eine grade Linie abgesteckt und zur Festlegung der Höhen ein zwischen Luzern am Bierwaldstätter See und Locarno am Lago maggiore ausgeführtes Präzisionsinstrument benutzt, welches den Höhenunterschied der beiden genannten, 100 Kilometer von einander entfernten und durch eine hohe Alpenkette geschiedenen Endpunkte auf 3 Centimeter Genauigkeit angiebt.

Die gerade Linie, welche die Tunnelachse bildet, ist an beiden Seiten über die Enden des Tunnels hinaus durch mehrere Fixpunkte bezeichnet. Während des Tunnelbaues muß jederzeit mit unverlässiger Präzision konstatirt werden können, daß die Bohrung genau in der fixirten Achse fortschreitet. Zu diesem Zweck sollen in letzterer vor den beiden Mundlöchern 2 Observatorien erbaut werden, in deren jedem unverlässlich ein Teleskop aufgestellt ist. Um mittels derselben an irgend einer Stelle des Tunnels die Achse festlegen zu können, muß diese Stelle mittels Kalklichtes oder electricen Lichtes erleuchtet werden.

Bei Airolo, wo das Thal des Ticino eine beinahe rechtwinkelige Stellung zur Achse des Tunnels hat, wird eine besondere Maßnahme erforderlich, um die Eisenbahn aus dem Tunnel in das Thal einzufinden zu lassen. Es muß an diesem Ende der Tunnel nicht allein in der geraden Hauptachse, — was zum Zweck der Bauausführung unmöglich ist — sondern auch in einer mit 300 Meter Halbmesser construirten Curve ausgeführt werden, in welche die Bahn an diesem Ende übergeht, um sich der Richtung des Tales anzuschließen. Das in dieser Curve gelegene Stück Tunnel ist 145 Meter lang, das gradlinige Stück dagegen vom Anschlußpunkt der Curve bis zur Ausmündung ins Thal 165 Meter. Die Gesamtlänge des Tunnels von 14,900 Meter ist bis an das in der Curve liegende Portal gemessen. Mist man also statt dessen bis an die Ausmündung des gradlinigen Stücks, so erhält man eine noch um 20 Meter größere Gesamtlänge.

Je nach der Festigkeit und Schichtung des durchbohrten Gesteins ist das Profil des Tunnels verschieden. Nach demjenigen Profil, welches in dem Project als Normalprofil bezeichnet ist, beträgt die lichte Weite auf Schwellenhöhe 7,0 Meter, und in einer Höhe von 2 Meter über den Schwellen 8 Meter. Diese Breite von 8 Meter bildet gleichzeitig den Durchmesser eines darüber gespannten Halbkreises, dessen Scheitel demnach 6 Meter über die Schwellenhöhe liegt. Nur wo das Gestein nicht hinlänglich haltbar ist, wird eine entsprechende Ausmauerung vorgenommen werden. Wie sich indeß die geologischen Verhältnisse beurtheilen lassen, hofft man, bei Weitem den größten Theil des Tunnels ohne Bekleidung ausführen zu können.

Der Vorschlag für den Bau des Tunnels schloß mit 600 Mill. Frs. ab. Diese Summe ist jedoch bereits in Folge des günstigen Resultates der Concurrenz-Ausschreibung für die Bauausführung um mehr als 10 Mill. reducirt. Der Bau ist dem Bauunternehmer des Mont Cenis-Tunnels, Hrn. Favre in Genf, übertragen worden. Derselbe hat sich verpflichtet, den Tunnel innerhalb 8, spätestens

than, als wäre er, der Enkel der Frau v. St. El., der einstige Ultramontane. Sein Denken und Reden hat einen gewissen doctrinären Zuschnitt, der den Ultramontanen ein Gräuel ist.

Von Bilbao sind auch heute noch keine entscheidenden sicheren Nachrichten eingetroffen. Sicher steht nur, daß Serrano von den drei carlistischen Vertheidigungslinien die erste genommen und daß er, um die anderen zu forciren, Verstärkungen herangezogen hat. Wie blutig und hizig die Kämpfe gewesen, mit welcher Erbitterung gestritten wurde, das sieht man an den verschiedenen Mitteilungen über die Verwundung hervorragender Führer. Olo, der in den letzten Jahren vielfach genannte Carlistchen, befindet sich bereits unter den Toten. Ein gestern früh 2 Uhr in Madrid aufgegebenes Telegramm meldet: "Die republikanische Armee ist im steten Vordringen begriffen und hat den Feind gezwungen, seine befestigten Linien zu verlassen. Die Batterien der Regierungstruppen sollen heute (Mittwoch) in die Positionen rücken, welche die Carlisten bis dahin auf das Hartnäckigste vertheidigt hatten. Der Verlust der republikanischen Armee während der drei ersten Gefechtstage beträgt 1750 Mann an Toten." Man sieht aus der Fassung der Depesche, daß sie gern etwas Entscheidendes mittheilen möchte, daß sie aber fast nur auf guten Hoffnungen basirt ist. Doch kann die Entscheidung nun nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Deutschland.

Berlin, 1. April. Der Gerichtshof für die kirchlichen Angelegenheiten wird in der zweiten Hälfte dieses Monats hier zur Abwicklung mehrerer wichtiger Arbeiten zusammengetreten, wozu bekanntlich auch der Prozeß gegen den Erzbischof Grafen Ledochowski gehört. — Inzwischen werden durch den preußischen Landtag die Entwürfe zur Ergänzung der Kirchengesetze, durch welche die Verwaltung der erledigten Bistümmer in Preußen geregelt wird, zum Abschluß gebracht werden. In der Centrumsfraction des Landtages, wie des Reichstages herrscht vorzugsweise gegen dies Gesetz lebhafte Erbitterung. Man will sich in jenen Kreisen lieber das Reichsgesetz gegen die aus dem Amt entlassenen Kirchendiener, als ein Gesetz gefallen lassen, welches dem Staate die Verwaltung von Kirchenvermögen überläßt. Gleichwohl wird die preußische Regierung gerade nach dieser Richtung hin in der nächsten Session des Landtages die Reihe derjenigen Gesetze erweitern, welche dazu bestimmt sind, die gesetzliche Regelung der Beziehungen des Staates zur Kirche durchzuführen. Die beabsichtigten Vorlagen erheben in dessen sehr umfassenden Vorarbeiten zur Lösung der privatrechtlichen Fragen, welche dabei in das Spiel kommen und durch die erforderliche Rücksichtnahme auf die provinziellen Verhältnisse. Diese Vorarbeiten sind ihrer Bedeutung nach. Es sind außerdem gleichfalls für legislatorische Zwecke Erhebungen über die in Preußen vorhandenen geistlichen Orden und Stifte, sowie über die Zahl ihrer männlichen und weiblichen Mitglieder angeordnet worden, welche ganz erstaunliche Resultate ergeben haben sollen. — Haft mit Bestimmtheit darf angenommen werden, daß das Gesetz über die Anlage von Eisenbahnen nicht zu denjenigen Gegenständen gehören wird, welche in der gegenwärtigen Landtagssession zur Erledigung kommen. Dagegen gilt als wahrscheinlich, daß der Entwurf bis zur nächsten Session einer Umarbeitung und Erweiterung unterzogen werden wird, wie sie durch die Kundgebungen der öffentlichen Meinung sich in mehrfacher Beziehung bereits als wünschenswert erwiesen haben. Seitens des Abgeordnetenhauses wird indessen darauf gedrungen werden, daß der Bericht der Special-commission zur Untersuchung des Eisenbahnconcessionswesens, welcher mit dem eben gedachten Entwurf im Zusammenhang steht, nicht von der Tagesordnung in dieser Session verdrängt werde.

Bald nach dem Schluß der Reichstagssession werden die vom Reichskanzleramt beabsichtigten Conferenzen zur Regelung des deutschen Apothekerwesens unter Hinzuziehung bedeutender Fachmänner beginnen. Es sei hierbei erwähnt, daß wohl in Verbindung mit diesem Zwecke vor einiger Zeit Erhebungen über das Apotheker- wesen in Elsaß-Lothringen angestellt worden sind, welche durchgreifende Reformen auf diesem Gebiete in den Reichslanden als ein dringendes Bedürfnis herangestellt haben. — Morgen Nachmittag findet in der Capelle des Dom-Candidatenstifts die Leichenfeier für den verstorbene deutschen Gesandten in Brüssel, v. Balan, statt.

Flügel Bismarck hat zu seinem heutigen Geburtstage Glückwünsche in ungewöhnlich großer Zahl von allen Seiten und aus den entferntesten Theilen des Reichs erhalten, darunter ein Glückwunsch-Telegramm des Königs von Bayern.

* Der Reichstagsabgeordnete Dr. Lucius-Erfurt, einer der beiden freiconservativen Interviewer, deren (durch die "Sp. Btg." veröffentlichten) Berichte so viel Aufsehen gemacht haben, schickt der "Sp. B." folgende "Berichtigung" dertheilweise unrichtigen Darstellung, "die anscheinend etwas calmirend wirken soll": "Ich fand den Fürsten Bismarck durch sein mehr wie dreiwöchentliches Krankenlager über Erwarten verändert und sehr geschwächt, wie es ja bei den permanenten, heftigen Schmerzen, sowie der gänzlichen Appetit- und Schlaflosigkeit nicht anders sein konnte. Er hatte einen Tag vorher unter Beifall zweier Diener den kurzen Weg vom Bett zum Sopha gemacht und hütete wieder dauernd das Bett. Die Ärzte hatten ihm in Aussicht gestellt, etwa Mitte Juni reisefähig zu sein, um direct in ein Bad zu gehen; während von einer früheren Übernahme der Geschäfte gar keine Rede sein könne." Nach diesem Befund hat mir wohl nicht die Neuherbergung in den Sium kommen können, "der Fürst sei mir nicht so stark erschienen, wie nach den offiziellen Nachrichten zu erwarten gewesen wäre." Was den Inhalt der Conservativen betrifft, so beschränke ich mich auf die Bemerkung, daß der Fürst seiner Bestimmung über den Entwicklungsgang der Dinge lebhaftesten Ausdruck gab und die Absicht aussprach, unter diesen Umständen baldigst seinen Abschied nachzufinden. Er fühlte sich nicht mehr kräftig genug um die amtliche Friction der vorbereitenden Stadien und die in der schwankenden Majorität des Reichstages entgegenstehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Besonders lagte er darüber, daß so viele unabdingt reichstreue Wahlkreise nach Maßgabe der Haltung ihrer Vertreter für die dem Reiche entgegenstehenden Parteien thatsächlich in's Gewicht fielen.

* Der bleibende Ausschuß des deutschen Handelstages hat über die Arbeitseinstellung der letzten Jahre einen Bericht abgefaßt, dessen Ergebnisse gerade in diesem Momente um so höheres Interesse gewinnen, als ja gerade die Beratung über die Novelle zur Gewerbeordnung unmittelbar bevorsteht. Das durchgearbeitete Material umfaßt 204 Arbeitseinstellungen. Von diesen Strifes kommen 146 auf die großindustriell- und 58 auf die handwerksmäßig betriebenen Gewerbe. Jene erstgenannten vertheilen sich in der Weise auf die einzelnen Industriezweige, daß die Weberindustrie am meisten von Strifes heimgesucht wurde; sodann folgt die Maschinenbau- und Metallindustrie; Industrie der Nahrungsmittel, Berg- und Hüttengewerbe, Eisenbahnbetarf- und Wagenfabriken, Buchdruckereien. Die Gesamtsumme der unter gleichzeitigem Contractbruch vor sich gegangenen Strifes beträgt 61, welche Zahl ungefähr 40% der Strifes überhaupt ausmacht. Es verdient sehr wohl bemerkzt zu werden, daß relativ und absolut die Contractbrüche am seltesten in den Buchdruckereien, dagegen am meisten im Berg- und Hüttengewerbe und in der Textil-Industrie vorkamen. Unter den 58 in den handwerksmäßig betriebenen Gewerben ausgebrochenen Arbeitseinstellungen steht das Baumgewerk mit 30 oben; dann folgen Schneider und "diverse" Gewerbe mit je 10 und die Schuhmacher mit 8. Innerhalb der letztgenannten Rubrik stellt sich das Verhältnis der loyalen Strifes zu den illoyalen bedeutend günstiger, die Procentzahl der Contractbrüche beläuft sich auf 10. Im Anschluß hieran folgt der Bericht in Betreff des Contractbruches noch ausdrücklich hinzu: "Des Contractbruches hat Verleugnung der Kündigungsfrist machen sich nicht selten auch nur einzelne Arbeiter schuldig, während die große Masse der an einem Strife teilnehmenden Arbeiter ihren Verpflichtungen

geringen, in der Maschine selbst vorhandenen Bewegungswiderstände erforderlich ist.

Solcher Maschinen sind vor Ort des Nichtstollens mehrere gleichzeitig in Thätigkeit. Sie sind an einem aus soliden Eisenstäben konstruierten Bohrgerüst befestigt, welches mittelst Rädern auf bis vor Ort gestreckten Eisenbahnschienen vorwärts und rückwärts bewegt werden kann. Die Stöße der Bohrer gegen den Felsen erfolgen so rasch, daß man in einer Entfernung vom Orte nicht mehr die einzelnen Stöße, sondern die ganze mechanische Arbeit als brummendes Geräusch hört. Die vor den Bohrmaschinen zur Arbeit verbrauchte comprimierte atmosphärische Luft dient bei ihrem Ausströmen gleichzeitig dem Zweck einer beständigen Ventilation des Ortes.

Wenn mittelst dieser Maschinen diejenige

Anzahl 1 Meter langer Bohrlöcher vor Ort ausgeführt ist, welche vermöge der Härte des Gesteins bei Anwendung der üblichen Dynamitpatronen zur Herstellung des Ausbruchs erforderlich sind, so

wird die Verbindung zwischen der Leitung der comprimierten Luft und dem Bohrgerüst unterbrochen und letzteres bis hinter ein am Anfang des Nichtstollens zum Schutz gegen das Schießen angebrachtes Schutzhorn zurückgezogen. Es erfolgt sodann das Einbringen der Patronen in die Bohrlöcher und deren Zündung. Aus der Leitung der comprimierten Luft läßt man darauf einen starken Luftstrom austreten, um das Weiterarbeiten vor Ort zu ermöglichen, befestigt dort das abgesprengte Gestein, schiebt von neuem das Bohrgerüst vor und beginnt den beschriebenen Arbeitsturnus von vorn.

Die spätere Erweiterung des Nichtstollens zum vollen Tunnelprofil erfolgte bisher durch Handarbeit. Nach dem letzten Monatsbericht hat man indes im Monat Februar den Anfang damit gemacht, die mechanische Bohrung auch für die Erweiterung anzuwenden.

Das vom Unternehmer Favre mit der Leitung der Arbeiten betraute Personal, welches, ebenso wie

zum Theile auch die angewendeten Maschinen, bereits bei der Bohrung des Mont Cenis-Tunnels

nachgekommen war. Ebenso leicht häufig einzelne Arbeiter isolirt mit dem Contractbruch bezw. ohne Ausbildung die Arbeit nieder, ohne daß ein förmlicher Strafe damit verbunden war." Diese wenigen Worte reichen vollkommen hin, um die gänzliche Knappheit der vorliegenden Novelle zur Gewerbeordnung darzuthun.

In Ausführung des Gesetzes vom 6. Februar d. J. wurde heute Mittag die Vereinigung des Ober-Appellationsgerichts mit dem Ober-Tribunal in dem großen Sitzungs-Saale des letzteren durch den Justiz-Minister Dr. Leonhardt vollzogen.

Der commandirende General des 11. Armeecorps, v. Böse, erlaßt in der "Schl. Pr." eine Erklärung, in welcher er die Nachricht, daß zwischen ihm und dem Herzog Wilhelm von Mecklenburg irgend ein Conflict stattgefunden habe, als eine "leere Erfabung" bezeichnet. Der Zurücktritt des Letzteren von dem ihm früher übertragenen Commando der 22. Division könne also nicht, wie u. A. auch von jenem Blatte behauptet war, durch einen solchen Conflict herbeigeführt sein.

Das Kanonenboot "Meteor" ist vorgestern in Goletta angekommen. Am Bord ist Ulls wohl.

Stettin, 1. April. In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung wurde die wichtige Steuerreform-Vorlage des Magistrats, welche mit Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer zum 1. Januar 1875 in Anwendung kommen soll, einstimmig angenommen. Hierach würden nun, nachdem nämlich die Frage über die zulässige Forterhebung der Schlachtsteuer als Communalsteuer zuvor besonders ohne Debatte einstimmig ablehnt und entschieden worden war, zur Deckung des nachgewiesenen Steuerausfalls von 295,000 Thlr. pro Jahr nach dem Modus der Staatssteuer zur Erhebung kommen: 75 p.C. der Grund- und Gebäudesteuer = rund 154,500 Thlr.), 25 p.C. der Gewerbesteuer (= rund 14,000 Thlr.) und 133½ p.C. der klassifizirten Einkommen- und Klassesteuer (= rund 226,500 Thlr.). — Ebenso erhielt der von der betreffenden Commission vorgelegte Bebauungsplan die Zustimmung der Bevölkerung. (N. St. B.)

Köln, 31. März. Der Denzer Gemeinderath fasste in seiner gestrigen Versammlung den Beschuß, die Schlachtsteuer nicht als Gemeindesteuer einzuführen.

Aus dem Fürstenthum Lippe, 29. März. Zum hiesigen Verfassungsconflict heißt man der "Westl. Btg." mit, daß der Stadtsyndicus Hausmann die Absicht gehabt hätte, in dem nun vereiteten Landtag Namens der Fortschrittspartei der Regierung den Vorschlag zu machen, dieselbe mögje von dem 36er Wahlgesetz Abstand nehmen, die Fortschrittspartei dagegen verzichte auf die Wahlen nach 49 und begnige sich mit den Abgeordneten, welche nach dem Reichstagswahlgesetz zu dem alleinigen Zwecke der Beratung des von Tilsit. Cabinets-Ministerium vorgelegten Wahlgesetzes gewählt würden. Die "Westl. Btg." bedauert, daß man nicht dazu gekommen ist, diesen Vorschlag in Erwägung zu ziehen, denn eher würden die Externsteine im Teutoburger Wald verschwinden, als ein beschlußfähiger Landtag nach der Schablone von 1836 zu Stande kommt."

Strasburg, 1. April. Die Annahme des Bürgermeisteramtes ist von Herrn Julius Klein definitiv abgelehnt worden.

Frankreich.

Paris, 30. März. Thiers geht es bedeutsam besser und er empfängt wieder seine Freunde. Der greise Staatsmann ist tief betrübt durch den Ausgang der Debatte über die Forts von Paris. Sehr ironisch sprach sich Thiers über die Rechte aus, die nicht wolle, daß Paris die Hauptstadt sei, es aber zum Hauptwiderstandspunkt zu machen die Absicht habe. Eine Vertheidigung von Paris, wie man sie beabsichtige, ist Thiers zufolge übrigens ganz nutzlos, da, wie er bestimmt wissen will, die Deutschen nicht ein zweites Mal Paris zu belagern die Absicht haben. "Wir sind so sehr" — meinte Thiers — an die Guillotine gewohnt, daß wir nicht begreifen können, daß der Schaftrichter auch die Adern öffnen kann, um den Tod zu geben. Die Deutschen werden den Widerstand Frankreich's nicht mehr dadurch niederschlagen, daß sie sich Paris, das dessen Herz oder Kopf ist, bemächtigen, sondern sie

Spanien.

Madrid, 31. März. Zur Verstärkung der Nordarmee sind weitere 1500 Mann von hier in Bewegung gesetzt. Der definitive Angriff auf die Stellung der Carlisten in Pedro Abanto soll nach den hier umgehenden Nachrichten heute oder spätestens morgen stattfinden. Die Verwundung Primo de Rivera's ist eine schwere, sein Aufstand erregte Desorganisse. Der carlistische General Olo ist gefallen, Radica (Oberst Rada?) ist schwer verwundet.

(W. T.)

England.

London, 31. März. Sir Garnet Wolseley, der Sieger über die Aschantis, wird als Belebung für seine Dienste an der Goldküste den Baroniet, eine Ehrenpension von 1500 £ jährlich für sich und seinen nächsten Leibeserben und zwei Orden erhalten.

Dem offiziellen Telegramme zufolge ist in Indien die Lage unverändert. Die von der Regierung getroffenen Vorfahrten erweisen sich als genügend. Die leistungsfähige Reislieferung an die Nothgänger betrug 36,000 Tonnen, davon 21,500 aus Regierungsspeichern. Die Eisenbahn nach Durhannah wird um Mitte April fertig. Im Ganzen sind bis jetzt sechs Fälle von Hungertod festgestellt. Der Vice-Gouverneur Campbell beweist, daß derselbe noch mehr direkt aus

Bohrer viel leichter weicht, erwächst der Arbeit großer Aufenthalt durch das Vorhandensein zahlreicher Wasseraderen und dadurch, daß der Stollen eben wegen geringer Festigkeit des Gesteins auf große Strecken sorgfältig ausgezimmert werden muß. Im März vorigen Jahres ergoss sich plötzlich ein Wasserstrom aus den Felspalten mit solcher Gewalt, daß alle Rüstungen im Tunnel fortgeschwemmt wurden und die Arbeit geraume Zeit unterbrochen werden mußte. Die durch das Wasser erzwangenen Hindernisse dürften indeß um den Felskörper des Gebirges eindringen.

Der Mont Cenis-Tunnel, der 12,847 Meter lang ist, wird von dem St. Gotthard-Tunnel um 2053 Meter an Länge übertroffen werden. Die Profile beider Riesen-Tunnels haben beinahe die gleichen Dimensionen. Beide haben doppeltes Gleis. Schnellzüge brauchen, um den Mont Cenis-Tunnel zu passieren, ½ Stunde. Durch den St. Gotthard-Tunnel werden noch 5 Minuten mehr erforderlich werden. Eine so lange anhaltende unterirdische Eisenbahnsfahrt gehört — selbst wenn man wie im Mont Cenis-Tunnel gar nicht vom Raum der Locomotive belästigt wird — nicht zu den Annehmlichkeiten einer Reise. Wer

daher als Vergnügungsreisender nach Bollendorf der St. Gotthardbahn auf derselben zu günstiger Jahreszeit aus der Schweiz nach Italien reisen sollte, dem ist der Rath zu ertheilen, den Zug in Göschenen zu verlassen und zu Fuß oder zu Wagen auf der Poststraße den Weg bis Airolo fortzuführen, um dort auf der Eisenbahn wieder weiter zu reisen. Wer durch den Tunnel fährt, dem entgeht die Schönheit der wilden Schellen-Schlucht. Auch sollte Niemand, der als Tourist die Alpen passiert, sich des Gemüses berauben, binnen Tagesfrist alle Regionen von den ewig schneebedeckten Felsenpfeilen des Hochgebirges bis zu den üppigen Vegetationen an den Ufern der lombardischen Seen zu durchwandern und alle Zwischenstufen vom Klima Grönland's bis zum italienischen an seinem Auge vorüber ziehen zu lassen.

